

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/173

11. September 1975

Jetzt brauchen wir Mut zur Konsequenz

Zustimmung zur Konjunkturpolitik der Schmidt-Regierung

Von Horst Ausschil
Bundevorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD

Seite 1 bis 4 / 146 Zeilen

Woher kommt das Geld ?

Skepsis gegenüber privater Mediziner-Hochschule in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Peter Glotz MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

Seite 5 / 39 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Salvador Allendes Grab gefunden

Seite 6 bis 8 / 79 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 185 408
Presshaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 33 80 37-38
Telex: 06 88 546-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 106-112, Telefon: 37 66 11

Jetzt brauchen wir Mut zur Konsequenz

Zustimmung zur Konjunkturpolitik der Schmidt-Regierung

Von Horst Ausschill

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD

Die Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Schmidt wird auch in der kommenden Zeit sehr viel Mut und Konsequenz brauchen, um den mit dem neuen Konjunkturprogramm begonnenen Kurs mit Erfolg durchzustehen. Die Beschlüsse von Ende August einschließlich der Beschlüsse zur mittelfristigen Konsolidierung des Bundeshaushalts haben nötige und unüberhörbare Signale gesetzt. Sie haben einerseits - seit Wochen überfällig - in weiten Teilen vor allem der mittelständischen Wirtschaft neue Zuversicht gesetzt; sie haben andererseits aber auch neue Belastungen angekündigt. In den nächsten Wochen und Monaten muß sich erweisen, ob die Bundesregierung mit ihrem kombinierten Programm des Gebens undnehmens einen Weg aus der schwierigen Wirtschaftslage, in der wir uns auch gegenwärtig noch befinden, gefunden hat.

Was das Geben anbetrifft, so ist das neue Konjunkturprogramm mit seinem Volumen von 5,75 Milliarden DM öffentlicher Ausgaben durch seine Ausgewogenheit und gezielte Dosierung sicherlich geeignet, neue Beschäftigung zu schaffen. Man hätte sich aus gesamtwirtschaftlichen Gründen mehr wünschen können. Abgesehen von der Knappheit in den öffentlichen Kassen haben jedoch auch die Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit wieder allzu deutlich gemacht, daß eine allgemeine Konjunktursteuerung über zusätzliche öffentliche Ausgaben nur sehr bedingt möglich ist. Hier haben wir eine echte Lücke im wirtschaftspolitischen Instrumentarium. So kann der Staat einerseits eben nur in ganz wenigen Sektoren der Wirtschaft direkt Nachfrage ausüben, während die allermehrsten Bereiche der gewerblichen Produktion höchstens indirekt von diesem Belebungsanstoß profitieren. Andererseits setzt der weltwirtschaftliche Zusammenhang der Wirksam-

keit antizyklischer Fiskalpolitik enge Grenzen. Aufgrund unserer starken Einbindung in den Weltmarkt trifft letzteres auf die Bundesrepublik Deutschland in ganz besonderem Maße zu. Daß unser Land im internationalen Vergleich dennoch relativ gesehen eine Insel wirtschaftlicher Stabilität darstellt, ist nicht zuletzt ein Erfolg jener flexiblen Wirtschafts- und Finanzpolitik, wie sie durch die von Sozialdemokraten geführte Bundesregierung betrieben wird.

Auch das neue Konjunkturprogramm ist ein deutlicher Beweis dafür, daß es die Bundesregierung versteht, im Rahmen ihrer eigenstaatlichen Möglichkeiten die Hebel dort anzusetzen, wo sie am dringendsten geboten sind. Das trifft in ganz besonderem Maße auf die Bauwirtschaft zu. Hier tragen die öffentlichen Maßnahmen entscheidend dazu bei, das Schlimmste zu verhindern, sofern gewährleistet ist, daß die Investitionen von Bund und Ländern sowie die Investitionen in der kommunalen Infrastruktur oder der Stadterneuerung und der Wohnungsmodernisierung schnellstens vorgenommen werden. Dabei darf es jetzt keinerlei Verzögerung oder Sand im bürokratischen Getriebe bei der Vergabe der Aufträge geben. Denn viele Bauunternehmen, gerade viele kleinere und mittlere, leben am Rande des Existenzminimums, und weitere Verzögerung im Vergabewesen müßte sich in nicht wenigen Fällen tödlich auswirken.

Die mittelständische Wirtschaft hätte wohl kein Verständnis dafür, wenn wegen unzureichenden Timings Kapazitäten verlorengehen, die mittelfristig noch gebraucht werden. Gerade die Vereinigten Staaten von Amerika stellen ein warnendes Beispiel dafür dar, daß die Versorgung der Bevölkerung leidet, wenn man mittelständische Existenzen verkümmern läßt. Gewiß hat die Baubranche nach Abschluß der Wiederaufbauphase überschüssige Kapazitäten. Aber der Abbau dieser Überschußkapazität darf nicht dazu führen, daß jetzt auch im Kern gesunde Betriebe schließen müssen, die auf lange Sicht durchaus gute Beschäftigungsmöglichkeiten besitzen. Jedem muß heute klar sein, daß das, was jetzt aus konjunkturellem Verschmämma verlorengeht,

alsbald mit erheblichen Mehrkosten wieder neu geschaffen werden müßte, denn der Bedarf an guten und preiswerten, familiengerechten Wohnungen ist vor allem in den Ballungsgebieten noch lange nicht gedeckt.

Was das Nehmen anbelangt, so ist es sicher für viele unverständlich, daß die öffentlichen Hände gleichzeitig zusätzliche Ausgaben tätigen und andererseits sparen, bzw. von Bürgern neue Abgaben verlangen. Konjunkturreiz und Konjunkturdämpfung scheinen hier Hand in Hand zu gehen. Dieser Weg hat nur dann einen Sinn, wenn es, wie beabsichtigt, gelingt, die Struktur der öffentlichen Ausgaben zu verbessern. Es kommt jetzt darauf an, zugunsten erhöhter Investitionen die konsumtiven öffentlichen Ausgaben herabzusetzen. Hier muß die Bundesregierung noch überzeugend deutlich machen, daß nur durch verstärkte private und öffentliche Investitionen wieder neue Arbeitsplätze und neues Wachstum geschaffen werden. Dazu ist es nicht nur unerlässlich, die steuerliche Belastung im Unternehmensbereich einzuschränken, sondern es ist auch das Gebot der Stunde, gerade wegen der begrenzten Konjunkturerkennung öffentlicher Ausgabenpolitik, generell neue Wege in Richtung einer flexiblen Einnahme- sprich Steuerpolitik einzuschlagen, um kurzfristig eine größere Durchschlagekraft zu erzielen.

Gleichzeitig bleibt der Bundesbank etwas mehr Fingerspitzengefühl in der Geldpolitik zu wünschen. So fehlen auf den Geld- und Kapitalmärkten jene Ruhe und Zuversicht, die für die Überwindung der gegenwärtigen Stagnation erforderlich sind. Hier ist den Währungshütern anzuraten, Überlegungen anzustellen, inwieweit analog ihrer gegenwärtigen Diskontsatzpolitik über eine verstärkte Steuerung der Mindestreservesätze ein erhöhter konjunktureller Flankenschutz gewährleistet werden kann.

Kurzfristig mögen hiermit die Weichen gestellt sein, um uns, und zwar immer unter der Voraussetzung, daß unsere wichtigsten Partnerländer eine ähnliche Politik erfolgreich praktizieren, aus dem weltweiten Dilemma wirtschaftlicher Stagnation herauszuführen. Es wird auch sicherlich von niemandem bestritten werden können, daß Konjunktur und Staatsfinanzen in unserem Lande gegenwärtig oberste Priorität besitzen. Dennoch dürfen diese augenblicklich noch so begründeten Erfordernisse nicht den Blick für jene Dinge trüben, die eine dringende Korrektur der langfristig angelegten Datenkonstellation notwendig machen. Hiervor die Augen zu schließen, würde hinsichtlich der gegenwärtigen Maßnahmen möglicherweise nichts anderes als das Kurieren an Symptomen bedeuten.

Im Rahmen der Selbständigenpolitik mag damit folgendes angedeutet werden: Es entspricht einer wissenschaftlich abgesicherten Tatsache, daß die Wirtschaft in unserem Lande nahezu vollständig mittelständisch strukturiert ist und die Mehrheit der abhängig Beschäftigten ihre Einkommen überwiegend im mittelständischen Gewerbe erzielt. Unstrittig ist ebenfalls, daß der wirtschaftliche Mittelstand in der Vergangenheit wie in der Zukunft entscheidend dazu beigetragen hat, bzw. beiträgt, Freiheit, Leistungsfähigkeit und Wohlstand in unserer Gesellschaft zu gewährleisten. Diesem Stellen-

wert der Selbständigen, die eine notwendige Voraussetzung der auf sozialgebundenem Leistungswettbewerb gegründeten marktwirtschaftlichen Ordnung darstellen, ist in verstärktem Maße als bisher Rechnung zu tragen.

Das hängt bei einer konsequenten Fortsetzung der bisherigen Wettbewerbspolitik an, die die Weichen zu stellen hat, daß gegenwärtig noch zu beobachtende Diskriminierungen abgebaut werden und auf den jeweiligen Märkten ein Mehr an Chancengleichheit hergestellt wird. Nur so ist sichergestellt, daß der Gradmesser für den Leistungsstandard in unserer Volkswirtschaft letztlich nicht von den Prinzipien ökonomischer Machtverhältnisse bestimmt wird. Das geht weiter über die Notwendigkeit, auch für kleinere und mittlere Unternehmen Rechtsformen anzubieten, die sie gegenüber großen Unternehmenseinheiten nicht benachteiligen. Und schließlich heißt das, dort, wo von staatseigenen im Rahmen strukturpolitischer Anpassungsprozesse "Hilfe zur Selbsthilfe" gewährt wird, für jenen Informationsfluß zu sorgen, bzw. die entsprechenden Förderungsprogramme so transparent zu machen, daß sie auch von denen, für die sie in erster Linie gedacht sind, in Anspruch genommen werden können. Hierbei ist einmal darauf zu achten, klare Vergaberichtlinien zu schaffen, die einerseits den spezifischen Erfordernissen kleinerer und mittlerer Unternehmen gerecht werden (Stichwort: ERP-Rationalisierungsprogramm) und andererseits jene in der Praxis leider noch viel zu oft zu beobachtende Unsicherheit vermeiden helfen, wie sie beispielsweise aus der Richtlinie für die Investitionszulage im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe in Verbindung mit den Förderungskriterien nach den ERP-Programmen resultiert.

Im Zusammenhang mit den öffentlichen Finanzierungshilfen, Kredit- und Förderungsprogrammen bleibt außerdem festzustellen, daß Erfolg und Wirksamkeit nicht unbedingt nur eine Frage der jeweiligen Größenordnung darstellt. Auch qualitative Verbesserungen, die obendrein noch kostensparend sein können, verheißen größere Durchschlagkraft. Mehr Sachdienlichkeit sowie geringerer Kostenaufwand bei erhöhtem Informationsgrad für den antragsberechtigten Selbständigen lassen sich auf der einen Seite durch eine bundesweite Zentralisierung mittelstandsorientierter Kreditversorgung erreichen. Auf der anderen Seite bietet eine stärkere Berücksichtigung von Selbständigen in jenen Gremien, die über Selbständigenbelange zu entscheiden haben, eine bessere Gewähr für eine angemessene Berücksichtigung mittelstandsrelevanter Tatbestände.

Abschließend sei noch folgende Bemerkung gestattet: Es entspricht originärem demokratischem Gedankengut, öffentliche Gremien in unserem Lande repräsentativ zum jeweiligen Bevölkerungsquerschnitt zu besetzen. Um so beklagenswerter ist heute jene Tendenz, wonach im Bundestag wie in den Landesparlamenten und Kreistagen immer weniger Selbständige vertreten sind. Da aber die Bundesrepublik Deutschland nicht ausschließlich nur aus Lehrern und Beamten besteht, sollte man einmal darüber nachdenken, wie man diesen Trend in der Praxis bremsen oder sogar umkehren könnte. Diese Anregung hat nichts mit Lobbyismus zu tun, sondern entspricht demokratischem Selbstverständnis.

(-/11.9.1975/ks/pr)

+ + +

Woher kommt das Geld?

Skepsis gegenüber privater Mediziner-Hochschule in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Peter Glotz MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister
für Bildung und Wissenschaft

CDU-Kultusminister Vogel von Rheinland-Pfalz hat dem "Spiegel" ein Interview über Privat-Hochschulen gegeben und sich dabei unter bestimmten Voraussetzungen für eine "Standeshochschule" für Mediziner ausgesprochen. Der Sinn des Interviews wird nicht recht deutlich. Will Kohls Kultusminister seine eigenen Bedenken gegen ein solches Unternehmen verbalisieren, oder aber will er die Öffentlichkeit direkt darauf hinweisen, daß ein solches Gebilde in naher Zukunft in Rheinland-Pfalz errichtet werden könnte?

Es ist nicht ganz auszuschließen, daß tatsächlich die zweite Möglichkeit in Betracht kommt. Bekanntlich bemüht sich der Hartmann-Bund, der Verband der Ärzte Deutschlands, seit Jahren in verschiedenen Bundesländern um die Errichtung einer privaten Stiftungshochschule für die Mediziner-Ausbildung. Vielleicht nimmt dieses Vorhaben jetzt wirklich im CDU-regierten Rheinland-Pfalz Gestalt an.

Eine solche Entwicklung könnte nur mit größter Skepsis betrachtet werden. Unser Bildungssystem läßt zwar Raum für private Bildungseinrichtungen. In den Hochschulgesetzen der Länder wird auch grundsätzlich die Möglichkeit eröffnet, Privat-Hochschulen zu errichten. Allerdings ist ihre staatliche Genehmigung oder Anerkennung, die insbesondere wegen der Gleichwertigkeit der Abschlüsse im Interesse der Absolventen bedeutsam ist, regelmäßig an strenge Voraussetzungen geknüpft. Im Hochschulrahmengesetz wird u. a. eine Mehrzahl von Studiengängen für die staatliche Anerkennung gefordert, weil man keine engspezialisierte Hochschule will. Auch werden Mindestanforderungen an die Qualität der Ausbildung gestellt. Gerade unter diesen Gesichtspunkten wird auch die Initiative des Hartmann-Bundes sorgfältig zu prüfen sein.

Kultusminister Vogel hat in seinem Interview erklärt, er würde eine Genehmigung nur erteilen, wenn "keine Schulgelder, keine Semester- und keine Studiengebühren" erhoben würden. Das ist sicher richtig, niemand kann eine Hochschule wollen, die nur denjenigen vorbehalten bleibt, die Gebühren bezahlen können. Und vor allem: Eine Privathochschule etwa nur für Arztkinder darf und wird es nicht geben. Aber damit wird ein besonders kritischer Punkt, vielleicht der kritischste, angesprochen. Glaubt Kultusminister Vogel wirklich, daß die deutsche Ärzteschaft die hohen Investitions- und Unterhaltungskosten einer privaten Mediziner-Hochschule auf Dauer über Spenden aufbringen würde? Abgesehen von allen übrigen Bedenken: Das Ende vom Lied wird wahrscheinlich sein, daß eine solche Einrichtung entweder ihre Pforten schließen oder doch wieder auf hohe Zuschüsse des Staates angewiesen sein wird. Und daß der Steuerzahler zwar berappt, aber keinen Einfluß hat, das kann ja wohl von niemandem gewollt werden.

(-/11.9.1975/Se/pr)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Salvador Allendes Grab gefunden

Als Chiles Präsident Salvador Allende nach dem Militärputsch und der Errichtung der Rechtsdiktatur am 11. September 1973 starb, konnte oder wollte keiner seiner Freunde und Anhänger nachher sagen, wo Südamerikas erster sozialistischer Regierungschef seine letzte Ruhe gefunden hat. Der Tote Allende war einfach verschollen. Die wenigen, die wußten, wo er beigesetzt worden ist, schwiegen wie ein Grab. Erst kürzlich entdeckten Journalisten Allendes Grab.

Sicherlich spielte Angst mit, daß über Allendes letzte Ruhestätte nichts verleutete. Angst davor, daß man, wenn man zu neugierig ist, selbst verschwindet. Deshalb konnten die beiden chilenischen Journalisten, die Allendes Grab suchten, nur mit äußerster Vorsicht an diese Aufgabe herangehen. Jede Frage, an die falsche Adresse gerichtet, konnte für sie den Verlust der Freiheit bedeuten, da heute in Chile schon der Besitz eines Allende-Photos ein Risiko "für die Gesundheit" ist.

Die beiden Chilenen begannen ihre Nachforschungen in der Hafenstadt Valparaiso und wechselten nach der ebenso großen Nachbarstadt Vina del Mar, wo die Familie ansässig ist, beziehungsweise war. Die Journalisten wurden zu emsigen Friedhofsbesuchern. Natürlich suchten sie nicht ziellos, sondern nach Gräbern von Familienangehörigen Allendes. Schließlich brachte sie ein Hinweis, der allerdings nicht präzise war, auf den Santa-Inas-Friedhof in Vina del Mar.

Das Ende des roten Fadens

Mehrmals besuchten die beiden Journalisten den Friedhof, wobei sie, nachdem sie bald herausgebracht hatten, daß er bewacht wird, nie länger als zwei Stunden blieben. In ihrem Bericht schrieben sie:

"Wir waren für ein direktes Suchen in dem Friedhof. Grab für Grab, Grabstein für Grabstein. Aber zunächst war das Ende des roten Fadens für

uns versteckt. Dabei mußten wir darauf achten, keinerlei Verdacht zu erwecken. Es war an einem Sonntagnachmittag, der Friedhof war voll von Besuchern, als uns ein Mann auffiel, der sich über ein Grab beugte und zurückwich, als wir näherkamen. Sollten wir fragen, vielleicht indirekt? Wir überlegten und kamen sehr rasch zu der Erkenntnis, daß er uns keinen Fingerzeig geben kann, wenn er klug ist. Er kann nicht sprechen, denn er kennt uns nicht, und am Ende wird er vielleicht gar argwöhnisch und dreht die Situation um.

Außerdem wußten wir nicht, wer ein Wächter ist, denn neben den Uniformierten gab es Zivilisten, wobei zu unserem Glück die Wachen mehrmals gewechselt worden sein dürften. Wir verließen an diesem Tag sehr bald den Friedhof, um nach einigen Tagen nochmals zu kommen. Rein gefühlsmäßig spürten wir, daß wir vor dem entscheidenden Schritt stehen könnten.

Zur Frage, warum wir überhaupt hier mit unseren Nachforschungen begonnen haben, einige Erklärungen. Salvador Allendes Vater war Notar in Valparaiso gewesen. Seine Schwester Laura, die spätere Abgeordnete, war hier bei einem Frühlingfest zur Schönheitskönigin gewählt worden, und seine Schwester Ines lebte ebenfalls in dieser Stadt. Allende selbst war Senator für die Provinzen von Valparaiso und Aconcagua.

Deshalb galt unsere Suche von allem Anfang an nicht nur einem Allende-Grab, sondern allen Ruhestätten der Familie beziehungsweise von Verwandten, weshalb wir auch nach den Namen Busai, Pascal-Lyon und Grove Ausschau hielten. Aus einem seinerzeit ins Ausland gelangten Bericht wußten wir, daß beim Begräbnis am 12. September 1973 um 12.25 Uhr seine Witwe Hortensia Busside Allende, seine Schwester Laura sowie die beiden Neffen Eduardo und Patrisio Grove Allende anwesend waren.

Mit Blumen und Kamere

Im Endstadium unserer Suche sprechen einige Gründe dafür, daß Allende eher in einem Grove-Grab bestattet worden ist, da Laura und Pascal-

Lyon bereits vorher geschieden worden sind. Dafür sprach auch die Tatsache der Teilnahme der beiden Neffen am Begräbnis. Zunächst fanden wir das Grab der Lyons und dort keinerlei Hinweise auf Allende. Jedenfalls war es Grund genug, wieder einmal den Friedhof zu verlassen. Und wir kamen nochmals, diesmal mit Blumen, um das Familiengrab zu besuchen - es war unser Alibi, um uns selbst mehr Mut zu machen -, und mit einer Touristenkamera in der Hand, in der bereits ein Farbfilm eingespannt war.

Und diesmal fanden wir das Grove-Grab in knapp 40 Minuten. Und hier sehen wir sofort, daß wir an der richtigen Stelle waren. Die Namenstafel über dem grauen Marmorkreuz war entfernt, man sah noch deutlich den Platz, wo sie sich befunden hatte. Wir machten mit gebotener Vorsicht einige Aufnahmen, und später bestätigte uns noch ein Vertrauensmann, daß sich über dem Kreuz eine Tafel mit der Inschrift "Grove-Familie" befunden hatte. Mit der Entfernung der Namenstafel sollte jeder Hinweis auf Allende ausgelöscht werden, das war uns völlig klar, denn beim Familiengrab Pascal-Lyon hat man den Namen belassen."

Doch Tote sind nicht immer tot, auch wenn Allende den anonymen Tod vieler Chilenen teilte, an die heute kein Grabstein erinnert. Sein Name leuchtet durch die Dunkelheit, die sich mit der Diktatur über Chile gesenkt hat, als Symbol einer zukünftigen Freiheit, auch wenn nur wenige Chilenen Allendes Abschiedsbotschaft vernehmen konnten, in der er sagte:

(-/11.9.1975/ke/pr)

(cc: "Arbeiter-Zeitung"/Wien/6. September 1975)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller